Prozeß Roeren-Schmidt.

, Köln, 17. September.

In der Nachmittagsverhandlung erklärte der Abgeordnete Roeren zur Widerlage, daß er mit seiner Ausführung bei dem Geheimrat König über die Beamten Herrn Schmidt gar nicht gemeint haben könne. Rechtsanwalt Bredereck: Wir nehmen den § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) für uns in Anspruch. Der Beklagte hat alle Schritte getan, um Herrn Roeren zu veranlassen, daß er in der Oeffentlichkeit volle Aufklärung gab. Roeren hat dann noch erklärt, daß er das, was Roeren aus seiner Rede herausgelesen habe, nicht gesagt habe. Da Herr Roeren nicht zu bewegen war, eine öffentliche Erklärung abzugeben, und da Herr Roeren erklärt hatte, daß er nicht das gesagt habe, was Herr Roeren aus seiner Rede herausgelesen habe, so blieb nichts anderes übrig, als durch den offenen Brief vorzugehen.

Angekl. Schmidt: Herr Roeren sagte in seiner Schlußrede im Reichstage: „Der Beamte ist wieder losgelassen, die armen Schwarzen! Er kann weiter seine Verbrechen begehen." Darauf erfolgte der Zuruf: Schmidt ist nicht mehr in Afrika! Herr Roeren machte die Bemerkung: Weshalb hat man mir das nicht früher gesagt? — Geheimrat Roeren: Ich kann dazu positiv erklären, und kann durch Zeugen nachweisen, daß ich wußte, daß Herr Schmidt in Berlin war. Ich war sogar unterrichtet, daß Herr Schmidt an dem Tage sich auf der Reichstagstribüne befand.

Dann werden die einzelnen vom Abgeordneten Roeren im Reichstage vorgebrachten Fälle verhandelt. Der erste Fall betrifft die Apetelente. Der Abgeordnete Roeren hatte Schmidt beschuldigt, 40 alte Apetelente mit einem dicken Stock mißhandelt zu haben. — Vors.: Herr Schmidt, wollen Sie behaupten, daß diese Beschuldigungen des Herrn Roeren unwahr und wider besseres Wissen gebraucht sind. — Angekl. Schmidt: Jawohl, das behaupte ich. Die Apetelente hatten sich geweigert, einen Baum einzugäumen, der gegen Beschädigungen geschützt werden sollte. Sie waren dazu von der katholischen Mission aufgehetzt worden. Ich ließ die Leute kommen und verhängte über sie Strafen von 6 bis 15 Stockhieben, einige ältere Leute und einige, die krank waren, ausgenommen. Herr Roeren hat von Grausamkeiten gesprochen. Was geschehen ist, war nichts als die zulässige, gesetzliche Strafvollstreckung.

Als Zeuge wird dann Büchsenmacher Huneshagen vernommen. Er schildert den Vorfall in Atakpame im Januar 1903 in derselben Weise wie Schmidt. Dieser habe ihn beauftragt, Ruten schneiden zu lassen. Er habe hinzugefügt, daß darauf geachtet werden solle, daß nichts passiere und die Leute nicht „durchgeschlagen" werden. Es waren frische Gerten, etwa wie mein Finger dick. Es war ganz weiches Holz. Nach 5 bis 6 Schlägen fingen die Stöcke an, sich unten zu spalten. Die Leute erhielten durchschnittlich 5 bis 10, einige auch 12 bis 15 Schläge; nur einer, der frech war und beim Prügeln lachte, erhielt 20 bis 25 Schläge.

Nach Vernehmung mehrerer Zeugen wird die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Salzburg, 17. September.

In der heutigen Vormittags-Sitzung des Bergarbeiter-Kongresses waren die Beratungen vorwiegend der Frage der Einführung des Achtstundentages im Bergbaubetriebe gewidmet. Dieserhalb lagen mehrere Resolutionen und Anträge vor. Der englische Delegierte Fred Hall erstattete Bericht über die Achtstunden-Bewegung in England und führte hierzu aus, daß das englische Parlament sich erst vor kurzem zugunsten dieser Bestrebungen ausgesprochen habe.

Der englische Parlamentarier Whitefil sprach sich gegen die Verwerfung der Ueberstunden aus. Die Bergwerksarbeiter aller Länder haben die Macht, ihre Forderungen durchzusetzen, denn sie sind im Falle eines Krieges in der Lage, durch Arbeitseinstellung die Kriegsführung zu vereiteln. Die Arbeiter werden es sich wohl in Zukunft auch überlegen, ob sie es den regierenden Klassen ermöglichen sollen, einen Krieg im eigenen Interesse zu führen. In diesem Falle wäre es am besten, wenn die Bergarbeiter der ganzen Welt aufstünden und einfach sagten: Wir werden keine Kohlen liefern und es euch derart unmöglich machen, einen Krieg zu führen.

Cadrot (Belgien) teilte mit, daß in Belgien noch eine elf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit bestehe. Seit einem Jahre jedoch habe sich die öffentliche Meinung zugunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter ausgesprochen.

Gonteaux (Frankreich) versicherte, daß die französischen Bergarbeiter bemüht sein werden, die Kommission, welche zur Prüfung dieser Frage eingesetzt wurde, zu zwingen, die Gesetzesvorlage endlich der Kammer zu unterbreiten.

Wendt (Deutschland) beschuldigte die Zentrumspartei, daß sie die den Bergarbeitern gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe. Die deutschen Bergarbeitergesetze seien vollkommen unzulänglich und die Schaffung eines Reichsgesetzes unbedingt notwendig.

Der Vertreter der österreichischen Union, Ebert, berichtete über den Stand der Frage in Oesterreich und sagte, daß die Bergarbeiter auch hier gegen das Bestreben der Unternehmer, die Ueberstunden zu vermehren, harte Kämpfe führen müssen.

Der Kongreß nahm sodann mehrere Resolutionen an, und zwar zunächst eine von der Föderation Großbritanniens beantragte folgenden Inhalts: „Dieser Kongreß ist der Ansicht, daß die Zeit nun gekommen ist, um größere Fortschritte zu machen in der Erringung des Achtstundentages im Bergwerken (einschließlich Ein- und Ausfahrt). Wir verpflichten uns deshalb, alle unsere Kräfte anzustrengen, um diese Frage mit größerer Wucht den Parlamenten der auf diesem Kongresse vertretenen Nationen aufzudrängen, bis der Achtstundentag Gesetz wird."

Ueber den Antrag von Belgien und Frankreich wurde weiter beschlossen:

„Die Arbeitsstunden in den Bergwerken dürfen nicht acht pro Tag überschreiten, und diese Stundenzahl muß noch weiter reduziert werden in Bergwerken, in welchen schlagende Wetter, hohe Temperatur oder feuchte Atmosphäre herrschen."

Endlich gelangte über den Antrag von Deutschland und Oesterreich folgende Resolution zur Annahme:

„Durch die Landesgesetze ist die Schichtzeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie auf höchstens acht Stunden zu beschränken. In den unterirdischen Betrieben ist bei hoher Temperatur nur eine höchstens sechsstündige Arbeitszeit zu gestatten."

In der Nachmittagssitzung kam es aus Anlaß der Berichterstattung über die Prüfung der Delegiertenmandate zu einer interessanten Debatte über die Zulassung der außerhalb der sozialdemokratischen Verbände stehenden Organisationen zu dem Kongresse. Den Berichten ist zu entnehmen, daß die englische Gruppe durch 60 Delegierte für 916 048 Arbeiter vertreten ist, während in England überhaupt 1 268 900 Bergarbeiter beschäftigt seien. 375 525 Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten sind durch zwei Delegierte vertreten; ferner Belgien, 139 000 Arbeiter, hiervon organisiert 65 000, durch zehn Delegierte; Frankreich, 182 000 Bergarbeiter, hiervon organisiert 30 000, durch sechs Delegierte; Oesterreich (135 000 Bergarbeiter, organisiert 33 000) durch 19 Delegierte; Deutschland hat vier Gruppen zum Kongresse entsendet: Der Verband der Bergarbeiter (102 000 organisiert), der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (17 000), die polnische Berufsvereinigung (28 000), der Gewerkverein deutscher Arbeiter (2000). Die Gesamtzahl der deutschen Bergarbeiter beträgt 680 000.

An die Bekanntgabe der Ziffern knüpfte sich eine Debatte über die Zulassung der letztgenannten drei Gruppen. Die Geschäftsordnungskommission beantragte: Mit Rücksicht darauf, daß die drei Gruppen nicht der großen, internationalen Vereinigung angehören, sondern abgesondert von den sozialdemokratischen Organisationen der betreffenden Länder stehen, möge der Kongreß diese Gruppen auffordern, sich der großen Reichsorganisation anzuschließen, da sonst im nächsten Jahre ihre gesonderte Einladung zum Kongreß Schwierigkeiten begegnen würde.

Der Vertreter der christlichen Bergarbeiterorganisation in Deutschland, Esser, führte aus, daß mit der Annahme der Resolution die drei genannten Gewerkschaftsgruppen gezwungen würden, abseits zu stehen. Die christliche Gewerkschaftsorganisation gehe in wirtschaftlichen Fragen mit der sozialdemokratischen. Sie habe auch 1906 über 150 000 Mark an Streikgeldern aufgebracht. Jetzt sollten 100 000 Bergleute aus der Gewerkschaftsvertretung ausgeschlossen werden. Damit wird ein neuer Kampf heraufbeschworen. Im Momente, da die Resolution angenommen werde, wäre er auch heute schon gezwungen, den weiteren Beratungen des Kongresses fernzubleiben.

Namens der polnischen Berufsvereinigung sprach Sosinski. Die Polen wären gezwungen worden, eine eigene Organisation zu gründen, da seit Jahren die deutsche Regierung das Polentum ausrotten und aus ihrem Stammlande vertreiben wollte.

Der deutsche Abgeordnete Sachse führte daraufhin aus: Die Oesterreicher seien es gewesen, auf deren Wunsch die Engländer den Resolutionsantrag eingebracht haben, der aber besonders die Christlichen nicht wundern könne, da sie ja in der letzten Zeit gegen die sozialdemokratischen Verbände Angriffe richteten, die von Unwahrheiten strotzten. Sie haben eine feindselige Konkurrenz eröffnet. Die Zersplitterung in Sonderorganisationen schädige die Gewerkschaften ganz außerordentlich, so daß es sehr begreiflich ist, wenn Anträge kommen, die die Einheitlichkeit gewahrt wissen wollen.

Parteiangelegenheiten.

Ein außerordentlicher Parteitag der schweizerischen Genossen findet nächsten Sonnabend und Sonntag in Thun statt. Erstens soll die Stellung der Partei zur Abstimmung über die neue Militärorganisation genau präzisiert, dann aber — und das ist das wichtigste — eine praktische und bessere Lösung im Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem schweizerischen Grütliverein herbeigeführt werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Mechaniker! In der Fabrik für den Bau photographischer Apparate, Firma Cerco in Großzschachwitz, sind heute Differenzen ausgebrochen. Der Zuzug von Mechanikern ist fernzuhalten!

Die Bergarbeiterbewegung in der Niederlausitz.

Wie bei allen Streiks die Unternehmer und ihre Trabanten mit den angeblich hohen Löhnen der Arbeiter hausieren gehen, um nachzuweisen, daß die Forderungen unberechtigt sind, so machen es jetzt auch die Unternehmer des Niederlausitzer Bergwerksreviers, sie, die vor allen Dingen Ursache hätten, damit hübsch zu Hause zu bleiben, nicht nur weil die Löhne der Arbeiter dort besonders niedrig sind, sondern weil die Preise für Kohlen und Briketts in einer Weise in die Höhe geschraubt wurden, daß die Löhne, ohne die Profite der Unternehmer besonders stark zu beschränken, wesentlich aufgebessert werden könnten.

Im Bergrevier Frankfurt a. O. wurden 1906 im Durchschnitt gezahlt 2,67 M., 1905 2,54 M., Ost-Kottbus zahlte für die höchste Lohnklasse 1906: 3,47 M., 1905 3,31 M. pro Schicht oder 1058 resp. 1000 M. pro Jahr. West-Kottbus zahlte dagegen für die höchste Lohnklasse 4,11 M. 1906 gegen 3,76 M. das Jahr vorher in der höchsten Lohnklasse. Daraus ist ersichtlich, daß die hiesigen höchsten Löhne, also die für eigentliche Bergarbeiter, Häuer und Schlepper gezahlten, nicht oder kaum an den Durchschnitt heranreichen. Zu beachten ist auch die geringe Steigerung im allgemeinen von 1900 zu 1906. Das ganze Gerede von den „sprunghaft gestiegenen", „höchsten" Löhnen erweist sich als eitel Humbug, wenn man die Zahlen prüft.

Nun sind aber im Vergleich zu 1900 die Preise für Mieten, Lebensmittel, Getreide usw. in ungleich höherem Maße gestiegen wie die Arbeitslöhne. Das Getreide besonders hat einen Preisstand erreicht, wie kaum je. Weizen kostet im Durchschnitt aller Marktorte rund 200 M. pro Tonne gegen 187 M. im April d. J., Roggen ist von 172 auf 192 M. in die Höhe gegangen, ähnliche Preissteigerungen weisen Gerste und Hafer auf, während die, durch den nassen Sommer bedingte schlechte Kartoffelernte auch höhere Preise für dieses wichtige Volksnahrungsmittel erwarten läßt. Die Fleischpreise sind wieder auf einer exorbitanten Höhe angelangt und werden sich voraussichtlich auch hoch erhalten.

Zum Ausstand verdöffentlichen die Vorstände der beteiligten Werke, an der Spitze die Aktiengesellschaft Lauchhammer und die Anhaltischen Kohlenwerke eine Erklärung, worin sie die „unberechtigten" Forderungen der Arbeiter zurückweisen.

Aus Senftenberg wird uns heute berichtet: Bis zur Stunde, wo wir dies schreiben, standen folgende Gruben und Werke ganz still: Lauchhammerwerke, Meurostollen, Hörlitzer Werk, Grube Anna-Schipkau, Waidmannsglück, Unser Fritz-Gottebrau, Friedrich Wilhelm-Gottebrau, Stadtgrube Senftenberg. (Die Belegschaft des zuletzt genannten Werkes trat nach einer Besprechung ohne Kündigung sofort in den Ausstand.) Die übrigen Werke machen krampfhafte Versuche, den Betrieb eingeschränkt notdürftig aufrecht zu erhalten. Die Zahl der Streikenden war noch nicht genau zu ermitteln. Die Lohnkommission der Bergleute hatte durch ihren Vorsitzenden den zuständigen Revierbeamten, Bergmeister Richter-Kottbus, um Vermittlung gebeten. Der Herr sagte auch sofort zu — bis heute ist aber noch keine Antwort eingetroffen, was darauf schließen läßt, daß die Unternehmer eine Vermittlung nicht wollen. In der Nacht zum 14. September sind auf allen Werken Anschläge erlassen, in denen in de- und wehmütiger Weise unter versteckten Drohungen der Ermission aus den Werkswohnungen (Wohlfahrtsschwindel!) zur Zurücknahme der Kündigungen aufgefordert wurde. Am selben Abend und am Morgen des nächsten Tages rückten starke Gendarmerie-Aufgebote ins Revier. Auf jeder Grube sind jetzt ein oder mehrere „Hüter der Ordnung" stationiert, ohne daß die Ruhe bis jetzt auch nur im geringsten gestört worden wäre. Weiterhin ist durch plötzliche landräthliche Verfügung allen Wirten im Streikgebiete und darüber hinaus die Polizeistunde von 1 Uhr auf 11 Uhr resp. 10 Uhr abends heraufgesetzt worden. Damit hat der Vater Staat seine Pflicht der Arbeiterschaft gegenüber erfüllt.

Auf den Werken ist absolut kein Vorrat. — Der Zuzug von außerhalb beschränkt sich auf zweifelhafte Elemente, die nicht arbeiten, aber Reiseunterstützung haben möchten. Die stattgefundenen ersten Streikversammlungen waren massenhaft besucht, der Geist ist ein guter und herrschte in Anbetracht der günstigen Konjunktur zuversichtliche Stimmung. Beamte haben Arbeitswillige bereits ersucht, sich Revolver anzuschaffen (!).

8. **Schießende Streikbrecher.** Ein Zigarrenhändler in Augsburg, dem ein Brauereibesitzer ein paarmal einige Zigarren abkaufte, zeigte sich dafür dadurch dankbar, daß er sich bei Ausbruch des dortigen Brauerstreiks als Streikbrecher verdingte. In einer Wirtschaft deshalb von einem Gaste zur Rede gestellt, stand der Streikbrecher auf, holte von zu Hause einen Revolver und machte, in die Wirtschaft zurückgekehrt, Anstalt zum Schießen. Er kam aber nicht dazu, denn der Wirt entriß ihm die Waffe und die Gäste prügelten den Kerl dann durch.

8. **Sportsmäßige Klagerei der Gelben.** Die Gelben in Augsburg betreiben die Prozessiererei gegen unser Augsburger Parteiorgan sportsmäßig; wenn man sie nur schief anguckt, laufen sie zum Kadi. Neuerdings wurde der Redakteur Genosse Simon in Augsburg wiederum zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil er am 25. März aus der Leipziger Volkszeitung eine Resolution der Leipziger Metallarbeiter gegen die dortigen Gelben abdruckte. Auch die Fränkische Tagespost in Nürnberg soll den Augsburger Gelben Genugtuung leisten; zwei Prozesse stehen in Aussicht.

Beendete Aussperrung. Die Aussperrung der Textilarbeiter in Bielitz ist aufgehoben worden. Die Arbeiter sind fast vollzählig in den Betrieben erschienen.

Die Maurer und Hilfsarbeiter stellten — wie aus Düsseldorf berichtet wird — die Arbeit an der Kaiserpfalz in Kaiserswerth wegen Lohndifferenzen ein.

Achtung, Klavierarbeiter! In den Koblenzer Pianofortefabriken sind Differenzen ausgebrochen. Der Zuzug von Klavierarbeitern ist streng fernzuhalten. Der Gauvorstand.

Ein Erd- und Bauarbeiterstreik ist in Straßburg ausgebrochen. Da die Maurer beabsichtigen, sich dem Ausstande anzuschließen, so ist in den nächsten Tagen die Generalaussperrung der Bauhandwerker zu erwarten.

Brauerstreik. Sämtliche Brauereiarbeiter in Liegnitz traten in den Ausstand.

Antwerpen.

Die bedeutende Getreidefirma Dreyfuß hat sich von dem Hafenbunde losgesagt und hat zu dem Tarife von 6 Franken täglich Arbeiter angeworben. Es heißt, daß dieser Entschluß nicht vereinzelt bleiben wird und daß andere Firmen ebenfalls diesen Weg einschlagen werden. Der Vorsitzende des Hafenbundes erklärte, daß die Versuche scheitern werden, denn die betreffenden Firmen werden auf Schwierigkeiten stoßen. Die Arbeit im Hafen war heute bedeutender als in den vorausgegangenen Tagen. Es arbeiteten 8000 Mann. Heute beginnt die sechste Woche des Ausstandes.

Aus dieser Meldung ist zu ersehen, daß der Ring der Hafenunternehmer sich zu lockern beginnt.

Ueber die Lage in Rotterdam wird gemeldet: Am Montag legten die an Getreideschiffen von sechs Aktieninhabern der Elevator-Gesellschaft beschäftigten Hafenarbeiter die Arbeit nieder, um die schon seit Monaten auf gütlichem Wege — aber bisher erfolglos — verlangte Lohnerhöhung zu erzielen. Da den Wingern, Freileuten und deren Helfern eine Lohnerhöhung zugestanden ist, welche die deutschen Getreide-Importeure zu zahlen sich bereit erklärten, glaubten die Bootarbeiter, also die eigentlichen das Getreide verarbeitenden, auch ihrer Forderung Kraft geben zu müssen. Selbst die bis jetzt als Streikbrecher fungierenden „Calandstraters" — nach ihrem Wohnort bei Rotterdam benannt — kamen in Bewegung und legten an mehreren Booten teilweise die Arbeit nieder. Auf Verlangen des Hafenarbeiterverbandes bleiben jedoch die Winger und Freileute auf den Schiffen. Auch festangestellte Arbeiter schlossen sich dem Streike an, trotz des Verlustes ihres Stehgeldes. Auf zehn Schiffen der obenerwähnten Firmen wird nicht gearbeitet. — Es verlautet, eine Aussperrung sei von den Unternehmern beabsichtigt.

Aus Antwerpen wird gemeldet: Der Ausstand der Hafenarbeiter nahm ein neue Wendung, nachdem die Federation maritime auch die Intervention des Sekretärs des Ministerpräsidenten Trooz abgelehnt hat. Andrerseits erklärte die Kammer des Getreidehandels, die alle Getreidefirmen und Makler der Antwerpener Börse umfaßt, unter Umgehung der Federation selbständig Hafenarbeiter mit erhöhtem Lohntarif engagieren zu wollen. Daraufhin beschloß das Ausstandskomitee, den Streikenden zu gestatten, die Arbeit überall aufzunehmen, wo der geforderte Lohnsatz von 6 Franken geboten wird. Das Prinzip des Generalstreiks wurde also aufgehoben, dagegen soll keine neue Verständigung mit der Federation versucht werden.

Dresdner Polizeibericht vom 19. September.

Am 3. d. Mts. ist auf dem Güterboden der Zollabfertigungsstelle Dresden-N. ein Ballen, gezeichnet M. 320, enthaltend Seiden- und Baumwollenstoffe, 26 Kilo schwer, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib des Ballens werden an die Kriminal-Abteilung erbeten.

Infolge Stickflusses verschied gestern abend in einer Maschinenfabrik in der Südvorstadt ein älterer Schlosser während der Ausübung seines Berufs.

Aus Furcht vor Strafe erhängte sich in Striesen in der Werkstatt seines Lehrmeisters ein 17 Jahre alter Tapezierlehrling.

Auf dem Holbeinplatz sprang gestern abend kurz vor der Haltestelle ein Bäckermeister von einem noch im Gange befindlichen Straßenbahnwagen, fiel dabei zu Boden und zog sich eine Hinterkopfverletzung zu. Er fand die erste Hilfe in der zweiten Sanitätswache auf der Marschallstraße.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 19. September, mittags 12 Uhr.

Barometer: 761. Schön Wetter.
Thermometer: + 11° R.
Thermometrograph: Min. + 7, Maxim. + 10.
Hygrometer: 79 %.
Wasserstand: — 164.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 20. September:

Nach Aufheiterung des Wetters trocken und vorwiegend heiter. Morgens und abends Nebel. Schwache Luftbewegung. Nachts Frost, tags ziemlich warm.

Letzte Telegramme.

Essen, 19. September. (Privattelegramm der Sächs. Arbeiter-Zeitung.) In der heutigen Debatte über die Reichstagswahl kam die politische Situation brachten zahlreiche Redner die Stimmungen und Anschauungen in den verschiedenen Landesteilen zum Ausdruck. Vielfach wurde gefordert, es sollte künftig dem Freisinn keine Unterstützung zuteil werden, da er die Arbeiterklasse verrate und mit der Reaktion sich verbunden habe. Andere Redner, wie Arons und Wolkenbuhr, rieten aber dringend ab, sich auf bestimmte allgemeine Beschlüsse festzulegen. Man müsse solche Fragen je nach der politischen Situation erledigen. Man wisse aber heute nicht, wie die Situation in Jahren sein könne. Sänger-München und Katzenstein berührten in ihren Ausführungen die inneren Verhältnisse der Partei. Sie wendeten sich gegen das Verlieren in Kleinigkeiten gegen gehässige Polemiken, gegen die Abstoßung mancher Bevölkerungskreise. Bebel besprach im Schlußwort die einzelnen Ausführungen der Debatte. Voraussichtlich werden die Stichwahlanträge sämtlich abgelehnt werden. Heute mittag unternimmt der Kongreß einen Ausflug ins Ruhrtal.

Oppositionelle Wahlerfolge in Moskau.

Petersburg, 19. September. (B. T.) Nach offiziellen Angaben, die entschieden etwas gefärbt sind, gehören von den 137 in Moskau gewählten Bevollmächtigten der Arbeiter 76 den gemäßigten, 50 den linken und 11 den rechten Parteien an. Da man mit Sicherheit annehmen kann, daß sich unter den 76 „gemäßigten" Wahlmännern mindestens 20 Parteigänger der Linken befinden, so wird Moskau einen linksstehenden Arbeiterdeputierten in die dritte Duma schicken. Bei der Bauernkurie im Gouvernement Moskau ist das Verhältnis derart, daß der Vertreter der Kurie der Opposition angehören wird. In Nishnij-Nowgorod unterlagen in der Stadt die Kandidaten der Rechten. In Bessarabien mußten die Wahlen ausfallen, weil die Beteiligung an den Wahlen zu gering war. Bessarabien hatte in die letzte Duma nur Mitglieder des Verbandes der echtrussischen Leute, darunter den berüchtigten Purischkewitsch, entsandt.

Casablanca.

Paris, 19. September. Es wird immer noch darauf gerechnet, daß heute vor Casablanca der Friedensschluß zustande kommen wird; aber man ist jetzt etwas weniger optimistisch, und Debats und der Temps machen darauf aufmerksam, daß zwar die Stämme in der nächsten Nähe von Casablanca des Kampfes müde seien, daß aber auf die Zone, die weiter als zwölf Kilometer von Casablanca sich erstreckt, nicht sicher zu rechnen wäre. Der Temps glaubt, daß zwischen den Stämmen innere Streitigkeiten beständen; er hält die Wiederherstellung der Ruhe für wahrscheinlich, fügt aber hinzu, daß man sich in Marokko vor Prophezeiungen hüten müsse.

Französische Schießübungen.

Köln, 19. September. Wie die Köln. Ztg. aus Tanger von gestern meldet, erhob das Konsularkorps in Malagon gegen die Schießübung der französischen Kriegsschiffe in der Nähe der Stadt Einspruch, weil dadurch eine Beunruhigung der Bevölkerung hervorgerufen würde. Auch in Tanger erregte kürzlich eine nahe der Stadt von dem französischen Kreuzer Dessaix vorgenommene Schießübung große Unruhe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070919/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG